

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

2/März–April 2016

USA Präsidentschaftswahlkampf Seite 14**Faktencheck Mindestsicherung** Seite 22

Der Sozialstaat nützt allen

**Wer Sozialleistungen kürzt,
hat viel zu verlieren.** ab Seite 4

www.gpa-djp.at

Inhalt

Thema

- 04 Der Sozialstaat nützt allen
- 08 Gastkommentar von Nina Horaczek
- 10 Kommentar von Wolfgang Katzian

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Geschäftsführer der Volkshilfe im Gespräch
- 14 USA Präsidentschaftswahlkampf 2016
- 16 Freihandelsabkommen TTIP

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 AMS-Vorstand Johannes Kopf im Porträt
- 20 Zielpunkt

Service

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Faktencheck Mindestsicherung
- 24 Rechtsschutz: Scheinselbstständige
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Harries – Fotolia

Sozialstaat

12



© Nuriith Wagner-Strauss

Interview Erich Fenninger

22



© Marlon Börsch – Fotolia

Faktencheck Mindestsicherung

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@GPA-djp.at

Herausgeber: OGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@GPA-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Siv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: Mag. Lucia Bauer, lucia.bauer@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@GPA-djp.at

Artdirection: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Layout: Peter-Paul Waltenberger

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf

Cover-Foto: Michael Mazohl/ÖGB-Verlag

DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz:

www.GPA-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Sozialleistungen in der Kritik

von Dwora Stein

Der Sozialstaat ist wieder einmal unter Beschuss geraten. Angefeuert von der Neiddebatte zu den Sozialleistungen für Flüchtlinge, werden wieder einmal Kürzungen und Einschnitte gefordert. Dass davon mittelfristig nicht nur Flüchtlinge betroffen sein werden, scheint ein durchaus erwünschter Nebeneffekt zu sein. Was dabei völlig ins Hintertreffen gerät, ist der Nutzen, den ein funktionierender Sozialstaat nicht nur für die Ärmsten, sondern für die gesamte Gesellschaft bringt. Über viele Jahrzehnte bis in die 80er-Jahre herrschte in Österreich ein breiter gesellschaftlicher Konsens über den Nutzen von sozialer Sicherheit. Dieser Konsens wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in Frage gestellt und der Sozialstaat vom Problemlöser zum Problem an sich erklärt. Obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise eindrucksvoll gezeigt hat, dass jene Länder mit einem hohen Sozialleistungsniveau deutlich krisenfester sind, lassen sich die sogenannten SozialstaatskritikerInnen überzeugen.

Wir haben daher die Coverstory der aktuellen Kompetenz diesem Thema gewidmet. Die bekannte Falter-Journalistin Nina Horacek, Autorin des zum Wissenschaftsbuch des Jahres 2016 gewählten Buchs „Gegen Vorurteile. Wie du dich mit guten Argumenten gegen dumme Behauptungen

wehrt“, hat ebenfalls zu diesem Thema einen Gastkommentar für die KOMPETENZ verfasst.

Mehr als jede andere Sozialleistung ist die Mindestsicherung immer wieder Anlass für Kritik und Mythenbildung. Der Mindestsicherung wird vorgeworfen zu hoch zu sein, die Menschen daran zu hindern eine Arbeit anzunehmen und generell eine soziale Hängematte zu sein. Wir haben uns all diese Behauptungen genau angesehen und sie einem Faktencheck unterzogen und sind zum Ergebnis gekommen, dass die BezieherInnen von Mindestsicherung alles andere als ein bequemes Leben haben. Sie sind vielmehr strengen Kontrollen ihrer Lebenssituation ausgesetzt und müssen bei Androhung von Sanktionen jeden angebotenen Job annehmen. Viel häufiger als der Missbrauch der Mindestsicherung kommt es daher vor, dass diese trotz Anspruch gar nicht beantragt wird.

Zum Gespräch gebeten haben wir für diese Ausgabe zwei sehr interessante Persönlichkeiten: Erich Fenninger, den Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich, und Johannes Kopf, Vorstand des AMS. Beide geben interessante Einschätzungen zu tagespolitischen Themen ab – wie Arbeitslosigkeit, Armut, Integration und Flucht und sprechen auch über ihre persönlichen Erfahrungen. ■

Der Sozialstaat nützt allen





Ein funktionierender Sozialstaat bietet eine umfassende materielle Absicherung im Alter sowie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall oder Invalidität.

von Lucia Bauer

Zu den sozialstaatlichen Leistungen gehört nicht nur die finanzielle Absicherung, auch Sachleistungen wie eine gut ausgebauter Kinderbetreuung, die Gesundheitsversorgung, das Schulsystem oder der günstige öffentliche Verkehr sind Teil eines durch die öffentliche Hand finanzierten sozialen Netzes.

Sozialstaat schützt vor Armut

Sozialstaatliche Leistungen entwickeln eine stark umverteilende Wirkung. In Österreich wären ohne Sozialleistungen und Pensionsversicherung die Einkommen wesentlich ungleicher verteilt. Statt knapp 13 Prozent wären insgesamt 44 Prozent der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Besonders deutlich ist die umverteilende Wirkung des Sozialstaats bei Fraueneinkommen zu erkennen. Ohne Sozialleistungen und staatliche Pensionen wäre fast die Hälfte aller Frauen in Österreich armutsgefährdet. AlleinerzieherInnen und Familien mit drei und mehr Kindern wären zu mehr als 50 Prozent von Armut betroffen.

Von der Nachkriegszeit bis in die 1980er-Jahre gab es österreichweit einen breiten Konsens über den gesamtgesellschaftlichen Nutzen sozialstaatlicher Leistungen. Neben der Einführung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes vor 60 Jahren wurden bis in die 80er-Jahre des vorigen Jahrhunderts auch die Leistungen für Familien, Bildung und Arbeitsmarktpolitik kontinuierlich ausgebaut. Seit den 1980ern

Der Sozialstaat gerät zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

wurde dieser sozialstaatliche Konsens zunehmend in Frage gestellt. Der Sozialstaat geriet zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Die Risiken des Lebens wie etwa Arbeitslosigkeit und Krankheit, aber auch die Absicherung im Alter wurden zunehmend nicht mehr als in der gesellschaftlichen, sondern vielmehr in der individuellen Verantwortung liegend betrachtet. Der Sozialstaat wurde von der Lösung des Problems zum Problem selbst

umgedeutet. Kritisiert wurden dabei nicht die noch bestehenden Lücken im sozialen Netz, sondern im Gegenteil die zu gute soziale Absicherung, die die ArbeitnehmerInnen unflexibel mache und zu Sozialmissbrauch einlade. Erste sogenannte Reformen, die jedoch allesamt Kürzungen bedeuteten, waren die logische Folge. Die dazu verwendeten Argumente waren dabei alles andere als neu. Sie sind vielmehr in etwa gleich alt wie die Idee der Sozialstaatlichkeit selbst. Schon um 1900 schrieb die Zeitschrift „Die Industrie“: „Soziale Reformbestrebungen dagegen, die eine Beeinträchtigung der Ökonomie (...) zur Folge haben (...) sind

entschieden zu bekämpfen.“ (Quelle: Talos 1981) Begründet wurde das schon damals mit der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit.

Kürzungen in Diskussion

Die schwarz-blaue Regierung schließlich erklärte die Neuordnung staatlicher und privater Verantwortung zu den größten Herausforderungen der Sozialpolitik. Eine Diskussion, die seither immer wieder aufflammt – zuletzt rund um das Thema Pensionen. Die Flüchtlingskrise und die politisch bewusst inszenierte Neiddebatte um Sozialleistungen für Flüchtlinge haben den VerfechterInnen von Kürzungen der Mindestsicherung neuen Drive verliehen – mit realen Auswirkungen. Im ersten Schritt betreffen diese Einschnitte „nur“ Flüchtlinge. Dass es dabei bleiben wird, darf jedoch bezweifelt werden.

Der österreichische Sozialstaat ist bei weitem nicht perfekt, sondern in vielen Bereichen durchaus noch ausbaufähig. Durch die steigende Lebenserwartung ist etwa bei der Pflege und Betreuung ein dringender Handlungsbedarf entstanden. Dennoch garantiert der österreichische Sozialstaat Menschen aus

Sozialleistungen sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für harmonisches Zusammenleben.



Foto: Michael Schütze – Fotolia



Foto: ÖGB-Verlag, Michael Mazohl

Statt über Steuern für die Reichsten wird über Einsparungen bei den Ärmsten diskutiert.

allen sozialen Schichten einen fairen Zugang zu wichtigen Ressourcen und damit eine gute soziale Absicherung. Er verteilt um von den Gesunden zu den Kranken, von den Menschen ohne Kinder zu den Familien, von den Menschen mit Arbeit zu jenen, die im Augenblick ohne Job oder bereits in Pension sind. Fast jede und jeder wird im Laufe des Lebens Nettozahlerin und dann wieder Nettoempfänger im System der sozialen Sicherheit. Wer durch das Arbeitslosengeld abgesichert ist, hat bessere Chancen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen, als jemand, der bei Jobverlust die Existenzgrundlage verliert. Wenn auch Kinder aus ärmeren Haushalten eine gute Ausbildung erhalten, dann sind auf dem Arbeitsmarkt mehr Fachkräfte verfügbar. Wer durch die Leistungen der allgemeinen Krankenversicherung schneller gesund wird, gewinnt an Lebensqualität und steht dem Arbeitgeber rascher wieder zur Verfügung. Ein niederschwelliger Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz ermöglicht auch Ärmern, beruflich mobil und flexibel zu sein.

Die Umverteilungswirkung sozialstaatlicher Leistungen trägt zu mehr Zufriedenheit und Stabilität bei und das nutzt der gesamten Gesellschaft. Die UngleichheitsforscherInnen Kate Picket und Richard Wilkinson haben das auch empirisch bestätigt: Gleichere Gesellschaften schneiden bei Lebenserwartung, psychischen Erkrankungen, Gewalt und Analphabetismus wesentlich besser ab, als jene, in denen die Einkommensunterschiede größer sind. Die Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben zudem gezeigt, dass Staaten mit einem hohen sozi-

aufgeteilt werden. Sie profitieren ebenso wie die „Armen“, wenn die Kriminalität niedrig, das Ausbildungsniveau sowie die Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen dagegen hoch ist.

Nutzen des Sozialstaats

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise wird der ökonomische Nutzen des Sozialstaats wieder stärker wahrgenommen. Selbst die OECD bringt mittlerweile zum Ausdruck, dass eine faire Verteilung und eine stabile soziale Absicherung

zur Überwindung der Krise beitragen. Repräsentative Umfragen belegen zudem, dass in der Bevölkerung die soziale Absicherung nach wie vor als zentrale staatliche Aufgabe gesehen wird und hohe Akzeptanz erfährt.

Wer Kürzungen von Sozialleistungen zum politischen Programm erklärt, hat daher letztlich wenig zu gewinnen und viel zu verlieren. Denn das Vertrauen in eine gute soziale Absicherung ist auch die Basis für Aufgeschlossenheit, Innovationskraft, Risikobereitschaft und damit auch für wirtschaftlichen Erfolg. ■

Auch Wohlhabende und Unternehmen profitieren vom Sozialstaat.

alstaatlichen Niveau wesentlich krisenfester waren als Staaten, die bereits vor der Krise sozialstaatliche Leistungen gekürzt hatten. Nicht nur MindestsicherungsempfängerInnen und Arbeitslose profitieren vom Sozialstaat, auch Wohlhabenden und UnternehmerInnen nützt es, wenn Risiken und Lasten



Keine Krise: 40.000 Flüchtlinge mehr in der Mindestsicherung bringen das System nicht zum kippen.

Fürchtet euch vor den richtigen Flüchtlingen

Zu teuer! Zu wenig treffsicher! Und mit so vielen Flüchtlingen im Land nicht mehr finanzierbar. Der Sozialstaat muss sich derzeit einiges anhören.

Gastkommentar von Nina Horaczek

Diese Debatte ist nicht neu. Schon im Jahr 2000 warnte die damalige schwarz-blaue Bundesregierung von ÖVP und FPÖ in ihrem Regierungsprogramm vor der „drohenden Unfinanzierbarkeit und geringer sozialer Treffsicherheit“ des Sozialsystems. Können wir uns den Sozialstaat tatsächlich nicht mehr leisten? Gefährden die vielen Flüchtlinge – allein 2015 kamen 90.000 nach Österreich – unseren sozialen Frieden? Österreich ist reich. 2015 war es laut World Economic Forum das zwölftreichste Land der Welt. 1.248,599.785 Euro betrug

das Nettovermögen privater Haushalte. So lautete das Ergebnis einer 2013 veröffentlichten Reichtumsstudie der Universität Linz. Allerdings liegen diese Milliarden nicht auf den Bausparverträgen brav sparenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern konzentrieren sich auf die obersten zehn Prozent im Land. Sie besitzen laut der Uni Linz 69 Prozent des Reichtums.

Auch Reiche profitieren

Geld gibt es also genug. Es ist nur nicht fair verteilt. Denn vom

Sozialstaat profitieren alle. Zwar haben Milliardäre einige der zahlreichen Leistungen des Sozialstaates nicht unbedingt nötig – zum Beispiel Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, ein kostenloses Bildungssystem, die 40-Stunden-Woche, Krankengeld, Wohnbauförderung, ein hochwertiges Gesundheitssystem für alle und vieles mehr. Zugang dazu haben sie aber genauso. Aber auch abseits dieser Leistungen profitieren die Reichen im Land von der sozialen Sicherheit, die in Österreich herrscht. Geht der milliardenschwere US-amerikanische

Facebook-Chef Marc Zuckerberg joggen, wird er von Bodyguards umringt. In Österreich können selbst Superreiche unbeschwert im Kaffeehaus sitzen, schmökern selbst SpitzenpolitikerInnen völlig unbewacht im Buchgeschäft.

Als der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck aufgrund der Massenverelendung durch die industrielle Revolution 1883 zuerst die Krankenversicherung und ein Jahr später die Unfallversicherung einführte, war das eben nicht nur ein wohlthätiger Akt. Der deutsche Politiker handelte auch im Eigeninteresse, soziale Aufstände zu verhindern:

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“ Dieser Luxus, in einer sicheren Umgebung, statt hinter hohen Mauern leben zu können, sollte reichen Menschen auch heute etwas wert sein. Manche von ihnen haben das auch erkannt, etwa der Baulöwe und Neos-Unterstützer Hans Peter Haselsteiner, der offen für eine Vermögenssteuer eintritt. „Dass Vermögen zum Steueraufkommen null beiträgt, ist in hohem Maße ungerecht“, erklärte Haselsteiner 2008 in einem Interview. Weil es in Österreich keine Vermögens- und Erbschaftssteuern gibt, stammt der Großteil der Gelder für das Sozialsystem aus der Besteuerung von Einkommen aus Arbeit, nicht aus Steuern auf Immobilien oder sonstiges Vermögen. Darin liegt auch eine potenzielle Bedrohung für unser Sozialsystem: in der Zunahme prekärer Beschäftigungsformen. Die „Generation Praktikum“ und die vielen, vielen Scheinselbstständigen helfen zwar den Unternehmen, ihre Kosten zu senken. Sie haben aber nicht nur selbst viel weniger soziale Absicherung, etwa im Krankheitsfall, sie können auch viel weniger

zur Finanzierbarkeit des Sozialsystems beitragen.

Steuerflüchtlinge

Es gibt neben den besonders wohlhabenden Österreicherinnen und Österreichern eine weitere Gruppe, die von den Vorteilen des Sozialstaates profitiert – und das extrem kostengünstig. Internationale Konzerne nützen die auf Kosten der Allgemeinheit gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land. Beim Steuern zahlen sind sie hingegen durchaus erfindungsreich. Während „normalen“

Die Mindestsicherung macht insgesamt 0,7 Prozent aller Sozialleistungen aus.

ArbeitnehmerInnen einfach die für die Allgemeinheit zu leistenden Beiträge am Lohnzettel abgezogen werden, drückte etwa der Kaffee gigant Starbucks seine Steuerschuld in Österreich 2013 auf nur 1.311 Euro – bei einem Jahresumsatz von elf Millionen. Auch der Möbelkonzern Ikea sparte aufgrund von EU-weiten Steuerschlupflöchern zwischen 2009 und 2014 etwa eine Milliarde an Steuern, davon in Österreich etwa vier Millionen.

Aber was ist nun mit den vielen Flüchtlingen? Ihnen wird ja besonders vorgeworfen, für den Untergang des Sozialstaats verantwortlich zu sein. In Oberösterreich haben ÖVP und FPÖ die Halbierung der Mindestsicherung für Flüchtlinge bereits beschlossen, auch auf Bundesebene fordert die Volkspartei die Kürzung von Sozialleistungen für Flüchtlinge. Eine Forderung, der auch der eine oder andere Sozialdemokrat nicht abgeneigt ist. Die Zahlen zeigen aber ein anderes Bild. Derzeit beziehen etwa 256.000 Menschen die bedarfsorientierte Mindestsicherung, ein großer Teil davon

sind sogenannte „Aufstocker“, die in ihrem Job zu wenig verdienen. Insgesamt macht die Mindestsicherung derzeit genau 0,7 Prozent aller Sozialleistungen aus. Für das Jahr 2016 wird erwartet, dass etwa 40.000 Flüchtlinge neu in die Mindestsicherung kommen werden. Diese Menschen bringen unser Sozialsystem nicht zum Kippen.

Legale Arbeit ermöglichen

Damit Flüchtlinge auch rasch ihren Anteil zum Sozialstaat beitragen können, statt diesen über längere Zeit zu belasten, braucht es einen raschen Zugang zum Arbeitsmarkt. Derzeit dürfen AsylwerberInnen während des Asylverfahrens nicht legal arbeiten. Sie werden vom Staat zum Nichtstun gezwungen. Dadurch gehen wertvolle Qualifikationen verloren. Oder sie weichen während der teilweise jahrelangen Asylverfahren in die Schwarzarbeit aus, was wiederum die legalen Löhne drückt und den Staat Steuereinnahmen kostet. Abgesehen davon ist Arbeit neben Bildung ein wesentlicher Schlüssel zur Integration in ein neues Land. Wenn sich aber jemand Sorgen macht, dass Flüchtlinge unseren Sozialstaat zerstören, dann sollte er oder sie sich vor Steuerflüchtlingen fürchten und nicht vor jenen, die zu uns flüchten, um Krieg und Verfolgung zu entkommen. ■

Nina Horaczek

ist Chefreporterin der Wiener Wochenzeitung Falter und gemeinsam mit dem Juristen Sebastian Wiese Autorin von „Gegen Vorurteile. Wie du dich mit guten Argumenten gegen dumme Behauptungen wehrst“ (Czernin-Verlag), das als Wissenschaftsbuch des Jahres 2016 ausgezeichnet wurde.

Kommentar

© Nurith Wagner-Strauss



Lohndumping ist real

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte selbstverständlich sein. Die Realität sieht jedoch häufig anders aus.

von Wolfgang Katzian

Die Arbeitgeberseite versucht uns einzureden, dass es kein Problem mit Lohn- und Sozialdumping gäbe. Der Industrielle Georg Kapsch meinte unlängst im Interview mit dem Wirtschaftsblatt, die Angst vor Lohn- und Sozialdumping sei paranoid. Angesichts der aktuellen Zahlen zu den nach Österreich entsendeten ArbeitnehmerInnen ist das eine gewagte Behauptung. Zuletzt wurden mehr als 100.000 ArbeitnehmerInnen von Firmen aus anderen EU-Ländern nach Österreich entsandt. Von 2010 bis 2014 stieg die Zahl der „Entsendeten“, die eine Zeit lang in Österreich arbeiteten, um fast 70 Prozent. Derzeit gibt es nur begrenzte Möglichkeiten, die Rechte dieser ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Ein Status quo, den die Industriellenvereinigung offenbar beibehalten will.

Das Lohn- und Sozialdumpinggesetz ist ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen Schwarzarbeit und Lohndumping. Mit der seit dem Vorjahr geltenden Verschärfung werden neben Grundlohn und Grundgehalt für ArbeitnehmerInnen aus dem Ausland, die in Österreich tätig sind, auch die Bezahlung von

Überstundenentgelten und anderen Zulagen kontrolliert. Das war ein wichtiger Schritt, weitere müssen unbedingt noch folgen. In der Praxis gibt es nämlich kaum eine Chance, Geldstrafen gegen Unternehmen im Ausland zu vollstrecken, wenn diese vorsätzlich Lohndumping betreiben. Das ist völlig absurd, wenn man bedenkt, dass mittlerweile jeder Verkehrssünder EU-weit belangt werden kann. Ein großes Problem ist außerdem, dass die Arbeitgeber bei kürzeren Entsendungen zwar den

Es ist absurd, dass Verkehrssünder EU-weit belangt werden, Unternehmen, die Löhne drücken, dagegen nicht.

gleichen Lohn bezahlen müssen, sich jedoch bei den Sozialversicherungsbeiträgen sehr viel Geld sparen. Bei Entsendungen bis zu zwei Jahren, und das ist der Großteil der tatsächlichen Entsendungen, fallen nur die Sozialversicherungsbeiträge des Herkunftslandes an. Das Dumping findet in diesem Fall nicht über die Löhne, sondern über die Sozialversicherungsabgaben statt. Problematisch ist außerdem, dass die zeitliche Beschränkung für Entsendungen fehlt. Die von der EU nun

vorgeschlagene Begrenzung auf zwei Jahre ist immer noch viel zu lang. Dadurch potenzieren sich systematische Unterzahlungen, wie sie beispielsweise entstehen, wenn ein Arbeitnehmer monatelang im Ausland als Teilzeitkraft angemeldet ist, aber als Vollzeitkraft arbeitet.

Misstände herrschen in allen Branchen, die Entsende-Richtlinie braucht daher dringend eine Verschärfung. Anfang März sickerten Informationen zu einem Entwurf der Kommission durch, der das Gegenteil bedeutet hätte. Inzwischen sieht es so aus, als hätte die Kommission auf den Protest reagiert und einige Kritikpunkte berücksichtigt. Wäre es nach dem ersten Entwurf gegangen, wäre nur noch der Lohn vorgeschrieben, der „für den Schutz der Arbeitnehmer notwendig ist“. Diese Formulierung soll nun wegfallen. Stattdessen wird die Kommission auf Mindestlöhne und Kollektivverträge verweisen. Das ist positiv, aber eigentlich nur eine Klarstellung der bisherigen Rechtslage. Wenn Lohndumping eingeschränkt werden soll, dann müssen die Rechte entsandter Beschäftigter deutlich besser geschützt werden. ■



© Jenny Sturm - Fotolia.de

Bessere Absicherung im Alter

Pensionsgipfel bringt bessere soziale Absicherung und Anreize zum Weiterarbeiten.

Bessere soziale Absicherung für diejenigen, die 30 Jahre gearbeitet haben und trotzdem auf die Mindestpension angewiesen sind, und stärkere Anreize zum Weiterarbeiten für Frauen, die mit über 60 Jahren noch einen Arbeitsplatz haben; sind die richtige Ergänzung zu den bisherigen Reformen.

Bei den Invaliditätspensionen gilt weiterhin das Prinzip Reha vor Pension, und künftig soll die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt noch stärker im Mittelpunkt stehen.

Statt einer Anhebung des Fraueneinpensionsalters kommt jetzt ein Anreizsystem: Für Frauen, die mit 60 noch einen Arbeitsplatz haben und die über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten können und wollen, sinken die Sozialversicherungsbeiträge.

Positiv ist auch, dass die Ausgleichszulage steigen soll. Für alle, die mindestens 30 Jahre lang gearbeitet haben, beträgt die Mindestpension dann 1.000 Euro. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Armutsvermeidung, der vor allem Teilzeitbeschäftigten und Frauen zugute kommt.

OECD kritisiert Sparkurs der EU

Der Interim Economic Outlook, eine aktuelle Studie der OECD, sagt der Weltwirtschaft für 2016 ein Wachstum von drei Prozent voraus, für das Jahr 2017 dann 3,5 Prozent. Das stelle das langsamste Wirtschaftswachstum der letzten fünf Jahre dar, was in einer Phase der Erholung nach einer Wirtschaftskrise bedenklich stimmen müsse. Die OECD empfiehlt, durch strukturelle Maßnahmen eine Steigerung von Investitionen und Produktivität zu erzielen. Es sei beachtlich, dass die OECD zu diesen Ergebnissen komme und den Juncker-Investitionsplan als enttäuschend bewerte, kommentiert Wolfgang Katzian die Kritik der OECD: „Als Gewerkschaft kritisieren wir bereits seit Jahren die europäische Sparpolitik und ihre Auswirkungen und fordern eine goldene Investitionsregel, die es der öffentlichen Hand ermöglicht, für nachhaltige Investitionen Schulden aufzunehmen.“

Immer mehr All-in-Verträge

Wer einen All-in-Vertrag hat, arbeitet öfter in der Freizeit, im Urlaub oder im Krankenstand. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer Oberösterreich. Etwa ein Drittel der Beschäftigten arbeitet nach Dienstschluss weiter – mehr als zehn Prozent sogar häufig. Im Urlaub arbeiten 18 Prozent der Beschäftigten und selbst im Krankenstand können 14 Prozent nicht loslassen. Ein Hauptgrund für die Entgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit ist die Zunahme der Personen mit All-in-Vertrag. Ende 2015 hatten bereits 24 Prozent der Befragten, mehr als 800.000 Menschen, einen All-in-Vertrag.

Am 8. Februar 2016 ging der All-in-Rechner der GPA-djp online. Auf www.allinrechner.at kann mithilfe einiger weniger anonymer Angaben das Grundgehalt und ein allfälliger Gehaltsverlust ermittelt werden. Insgesamt haben bisher etwa 28.000 Personen davon Gebrauch gemacht. In den Regionalstellen der GPA-djp gingen bereits Dutzende konkrete Anfragen von Betroffenen ein, die sich ihren Vertrag begutachten lassen möchten. Das übertrifft alle Erwartungen und bestätigt, dass in diesem Bereich ein absoluter Handlungsbedarf besteht.



Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, beantwortete die Fragen der KOMPETENZ.

Multipler Staatsversagen

Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, warnt davor, dass Europa Flüchtlingen die Tür zuschlägt und sie damit im Krieg sterben lässt.

Das Interview führte Alexia Weiss.

KOMPETENZ: Wie viele Flüchtlinge betreut die Volkshilfe derzeit in Österreich?

Fenninger: Die Volkshilfe hat sich in ihrer Geschichte immer für Menschen, die Schutz suchen und vor dem Tod, vor der Folter, vor Menschenrechtsverletzungen fliehen, engagiert. Derzeit betreuen wir in Österreich an die 7.000 Flüchtlinge in den unterschiedlichsten Segmenten, beginnend bei der Nothilfe, in der Grundversorgung, aber dann auch in der integrativen Arbeit.

KOMPETENZ: Worin liegen für Sie im Moment die größten Herausforderungen?

Fenninger: Im Sommer hat es ein multiples Staatsversagen gegeben, weil viele politisch Verantwortliche nicht den ausreichenden Willen erkennen haben lassen, die Herausforderung anzunehmen. Wir haben Menschenrechtsverletzungen in einem völlig überbesetzten Traiskirchen gehabt. Man hat vor allem aber zu einem Zeitpunkt, wo die Anzahl der zu uns kommenden Menschen in keiner Weise zu groß gewesen wäre, schon signalisiert: Wir schaffen das nicht. Von Beginn an wurde ein Bedrohungsszenario entwickelt. Bevölkerung und Politik sind aber kommunizierende Gefäße. Wenn die Politik permanent vermittelt, wir können das nicht schaffen, dann

wird es irgendwann auch die Bevölkerung glauben.

KOMPETENZ: Sind wir jetzt an diesem Punkt?

Fenninger: Ja. Es ist beängstigend und bedrohlich, weil wir einerseits ein Europa vorfinden, das ökonomisch, von den Arbeitsbedingungen und von der Armutssituation vergleichbar ist mit den 1930er-Jahren. Wir haben die höchste Vermögenskonzentration der Geschichte, nur noch vergleichbar mit kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Wenige sind superreich und die Zuwachsraten an Reichtum haben nach dem Finanzcrash 2008 sogar

zugenommen. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit in Europa so hoch wie nie zuvor. Wir haben Millionen Armutsbetroffene in Europa. Und das sind die Ingredienzien, die wir in den Dreißigerjahren vorgefunden haben.

KOMPETENZ: Stichwort Obergrenzen. Sind sie gerechtfertigt oder nicht?

Fenninger: Mir kommt vor, dass die europäische Politik ein auf den Neoliberalismus eingeschränktes und begrenztes Denken hat, dass sie nur noch einen Realitätssinn pflegt, aber keinen Möglichkeits-sinn. Es ist bestürzend, dass nur wenige Staaten Flüchtlinge aufnehmen. Was Österreich betrifft: Diesen Weg der Erfüllung von Vorschlägen der Freiheitlichen Partei finde ich bestürzend. Wir sind für Solidarität und Aufnahme, wehren uns aber dagegen. Wir sind gegen Zäune, dann kommen Zäune. Und jetzt sind Obergrenzen festgelegt und grundsätzlich bedeutet das, dass man die Tür zuschlägt und Menschen damit nicht aus einem brennenden Haus herauslässt. Wir sind dabei, dass wir die Leute im Krieg sterben lassen.

KOMPETENZ: Wie erleben Sie aktuell die Situation in Spielfeld?

Fenninger: Persönlich wirklich bestürzend. Weil man vor einem halben Jahr vermutlich nicht gedacht hätte, dass wir Zäune und Obergrenzen haben werden, und dass plötzlich nicht mehr jeder Mensch das Recht einlösen kann, einen Asylantrag einzubringen. Wir erinnern uns, vor einem Jahr sind so viele Menschen ertrunken, wo aufgrund dieser Menge von mehreren Hundert Menschen Trauerfeierlichkeiten von den europäischen Regierungen in Brüssel stattgefunden haben.

Das darf nie wieder passieren, hieß es. Und jetzt wird politisch absolut dazu beigetragen, dass genau das wieder passiert und auch permanent stattfindet.

KOMPETENZ: Oberösterreich ist vorgeprescht mit der Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge. Wo führt das hin?

Fenninger: Der erste Punkt, den ich erschreckend finde, ist, dass Politiker in Regierungsfunktion sagen, weil

Die europäische Politik hat ein auf den Neoliberalismus begrenztes Denken.

Flüchtlinge kommen, streichen wir die Mindestsicherung.

KOMPETENZ: Das ist ja jetzt einmal nur für Flüchtlinge so.

Fenninger: Ja, aber wenn wir uns erinnern, hat es voriges Jahr im Sommer eine erste Aussage aus der ÖVP gegeben, wo man gesagt hat, die Nettoersatzquote beim Arbeitslosenbezug ist zu hoch. Es ist also erkennbar, dass sich Kürzungen langfristig nicht nur auf Flüchtlinge beziehen werden. Was ich zudem obszön finde: Dass wir in einer Zeit, wo eine Person so viel Vermögen hat wie 59 Millionen Erdenbürger, also diese 62 Menschen, die so viel haben wie die untere ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, dass wir da eine Welt der Überflüssigen konstruieren. Und diese Überflüssigen, die sollen jetzt nicht einmal mehr das Mindeste zum Leben bekommen, während die anderen ununterbrochen Vermögen anhäufen. Die Zivilgesellschaft – da gehört die Volkshilfe dazu – muss hier einen Aufstand organisieren, sagen, dass wir uns das nicht mehr gefallen lassen, und dass wir eine Politik und PolitikerInnen wollen, die gegen

diese neoliberale, enthemmte, entfesselte, kapitalistische Politik eines Finanzmarkts aufstehen, der sich von der Realwirtschaft längst abgehoben hat, wo man lieber in den Finanzmarkt investiert als in Arbeitsplätze. Schon jetzt liegt die Armuts-grenze über der Höhe der Mindestsicherung. Sieht man sich den Deckungsvorschlag der ÖVP an, gibt es für das erste Kind 150 Euro, für das zweite Kind hundert Euro und ab dem dritten null. Das ist der nächste Wahnsinn. Ich beforsche Kinderarmut. Und da wissen wir, dass Kinder, die im finanziellen Mangel aufwachsen, schon zu Schulbeginn benachteiligt sind. Sie sind schon vor dem ersten Schultag so weit hinten, dass sie dann diejenigen sind, die die schlechten Noten bekommen. Das Schulsystem prolongiert diese Segregation.

KOMPETENZ: Wer bei der Mindestsicherung kürzt, fördert also Armut.

Fenninger: Ja. Und da glaube ich, dass hier auch die Gewerkschaft aufgerufen ist, ebenso wie fortschrittlich gesinnte Gruppen aus den verschiedensten Bereichen. Die occupy-Bewegung sagt, 99 Prozent werden benachteiligt. Man kann in Österreich sagen, dass das hier für 80 bis 90 Prozent zutrifft. Die Einkommensschere geht weit auseinander, die Lohnquoten stagnieren seit 30 Jahren. Das ist nicht mehr hinnehmbar, da müssen wir uns echt wehren. ■

Zur Person

Erich Fenninger ist seit 2003 Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich und stellvertretender Vorsitzender der Sozialwirtschaft Österreich.

Infos unter:
www.volkshilfe.at

Bernie Sanders gelingt es, vor allem junge AmerikanerInnen und Randgruppen anzusprechen.



© Charlie Neibergall, picturedesk.com

Das spannendste Rennen des Jahres

Der Präsidentschaftswahlkampf in den USA 2016 ist bisher ein Wahlkampf der vermeintlichen Außenseiter: Die linke Integrationsfigur Bernie Sanders und der rechte Rabauke Donald Trump haben alle Vorhersagen übertroffen.

von Marc Pieber

Am 8. November 2016 ist es so weit: Zum 58. Mal wird in den USA ein Präsident oder vielleicht erstmals eine Präsidentin gewählt. Aber die Tatsache, dass erstmals eine Kandidatin realistische Chancen auf einen Sieg hat, ist nicht das einzige bemerkenswerte Phänomen dieser Präsidentschaftswahlen. Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 entwickelt sich, je länger er dauert, desto mehr zu einer seismischen Landkarte unerwarteter Verwerfungen. Nachdem die größte Aufmerksamkeit darauf gelegt wurde, wie sich die erste chancenreiche Kandidatin im Rennen um die einflussreichste Präsidentschaft der Welt halten wird, wartet der Wahlkampfverlauf gleich mit zwei Überraschungen auf. Aus den Reihen der ohnehin schon unter hohen Spannungen befindlichen Republikanischen

Partei erhebt sich Donald Trump, der Selfmademan, der vor allem eines zu verkaufen weiß, nämlich sich selbst.

Zur selben Zeit droht einer mit allen politischen Wassern gewaschenen und routinierten Hillary Clinton Gefahr vom ganz linken Rand der Demokratischen Partei. Denn der selbst ernannte Anführer einer politischen Revolution – Bernie Sanders – macht kein Geheimnis aus seiner ideologischen Positionierung und bezeichnet sich als Democratic Socialist, was in den USA durchaus als riskante Provokation gelten darf. Tatsächlich ist es mehr als eine Provokation, es ist politisches Programm und damit umso bemerkenswerter. Was kann es bedeuten, wenn ausgerechnet zwei so unterschiedliche Proponenten wie Trump von rechts und Sanders

von links einer mehr oder weniger Mitte-Rechts-Mehrheit wichtige Stimmen im US-Präsidentschaftswahlkampf streitig machen?

Neues linkes Denken aus den USA?

Nachdem sich in Europa unter dem Druck der sogenannten „Flüchtlingskrise“ nationalistische Stimmung produziert und bislang gehaltene Grenzen zwischen linker und rechter Position zunehmend verschwinden, scheint sich in den USA das Ende einer post-ideologischen Zeit anzukündigen. Kann es denn sein, dass sozialdemokratische Forderungen wie Verteilungsgerechtigkeit, strikte Bankenregulierung, Vermögenssteuern, Mindestgehältererhöhung bis hin zu kostenfreiem Studium und einem Grundrecht für medizinische Versorgung und vieles

mehr ausgerechnet in den USA auf fruchtbaren Boden fallen?

Vielleicht ist es nicht Politik

Die Ereignisse sind vielleicht besser zu verstehen, wenn man sie nicht als ein neues Politikinteresse, sondern vielmehr im Kontext einer instrumentalisierbaren Politikverdrossenheit begreift. Beide, Donald Trump wie auch Bernie Sanders, haben sich in sehr kurzer Zeit von belächelten Außenseitern zu erfolgreichen Kandidaten entwickelt. Während der berühmte Trump auf dem besten Weg ist, seine Führung bei den republikanischen Kandidaten zu behalten, beweist der vor den Wahlen parteifreie und wenig bekannte Bernie Sanders Hillary Clinton, dass in den USA eine Jugend ihr politisches Interesse anhand sozialdemokratischer Werte entwickelt. Während der Millionär Trump mit Aussagen wie: „Ich werde eine große Mauer bauen ... eine große, große Mauer an unserer südlichen Grenze bauen, und ich werde Mexiko für diese Mauer bezahlen lassen“, punktet, fliegen Sanders Stimmen zu für das Versprechen, die Wall Street zu entmachten und ein für alle Mal den Einfluss von Geldgebern auf die Politik zu beenden. Bedeutet das, dass ein großer Anteil der US-amerikanischen aktiven Wählerschaft gespalten ist zwischen diesen zwei extremen Polen links und rechts der Skala?

Alles außerhalb der Mitte des Establishments

Was die linke Wählerschaft mit ihrem rechten Pendant verbindet, ist dieselbe Unzufriedenheit mit dem Establishment in Washington und den Gepflogenheiten traditioneller Politiker. Im Verhältnis zum gängigen politischen Klima in den USA sind die Extrempositionen von Bernie Sanders und Donald Trump vielleicht die zweier ungleicher

Vertreter eines Sieges medialer Kommunikationskultur über die Politik. Neue WählerInnen sind nicht als bloße ProtestwählerInnen, sondern als eine heterogene Wählerschaft auf der Suche nach einer politischen Identität jenseits des politischen Establishments zu verstehen.

Eine neue Art von Authentizität

Trump punktet mit seinen rücksichtslosen und radikalen Äußerungen. Die Zurschaustellung seiner Dummheit ist dabei vielen seiner WählerInnen nur ein weiterer Beweis seiner Ehrlichkeit. Er sagt, was er denkt. Auch auf eigene Kosten und spricht damit die abstiegsgefährdete Mittelschicht an sowie diejenigen, die bereits abgestiegen

Sanders und Trump stehen beide gegen das Establishment.

sind. Sanders hingegen spricht jene an, die noch nicht zu den VerliererInnen gehören oder nur zu gewinnen haben und erreicht damit ideologisch unverbrauchte Jugend und Randgruppen. Zusammen stehen sie auf ihre je eigene Weise gegen das Establishment.

Sowohl das Vorgehen Trumps als auch das von Bernie Sanders zeigen, dass sie dies erfolgreich, aber nicht

über klassische politische Kommunikationskultur erreichen. Während Donald Trump als Lifestyle-Persönlichkeit perfekt die klassische Medien- und Unterhaltungsökonomie bespielt und dafür Applaus und Stimmen mitnimmt, schafft es Bernie Sanders mit „grassroots movements“ und enorm erfolgreichen Kleinspendenaktionen, vornehmlich die junge Wählerschaft, welche sich noch vor kurzem aus bis zu 80 Prozent NichtwählerInnen zusammensetzte, für seine Kampagne zu gewinnen.

Kann Bernie Sanders Präsident werden?

Nach einem Wahlkampf mit so vielen Überraschungen wird kaum ein Beobachter wagen, eine Voraussage zu machen, so lange ein bestimmtes Ergebnis nicht mathematisch auszuschließen ist. Eine solide Anhängerschaft gepaart mit einer effizienten Kampagnenführung machen Hillary Clinton stark. Die Tatsache, dass Angst langfristig nahezu immer zu einem konservativen Reflex führt, erhöht zusätzlich die Chancen von Hillary Clinton. Eine Sache gilt aber als sicher, Bernie Sanders bleibt finanziell unabhängig und mit genügend Geldressourcen ausgestattet bis zu einem klaren Ausscheiden oder einem Sieg im Rennen. Fingers crossed! ■





Besuch im gallischen Dorf

EU-Handelskommissarin stellt sich der Diskussion mit TTIP-KritikerInnen.

von Sandra Breiteneder

Österreich stellt im Moment innerhalb der Europäischen Union bildlich dargestellt das gallische Dorf der EU-Freizahndelspolitik dar; in keinem Land ist die Aufklärung durch BefürworterInnen und GegnerInnen so hoch und in keinem anderen europäischen Land die Ablehnung so ausgeprägt. Die zuständige Kommissarin Malmström stellte sich der Diskussion mit KritikerInnen in Österreich.

Die Kritik am Freihandelsabkommen TTIP richtet sich gegen die fehlende Transparenz, da das Abkommen geheim verhandelt wird. Die Einwände von Kommissarin Malmström, dass inzwischen Dokumente im Internet veröffentlicht würden, erfüllen die Forderungen nach Transparenz nicht ausreichend. Auch die Befürchtung, dass europäische Standards wie Arbeitsrechte, Gesundheitsschutz- und Umweltschutzbestimmungen gesenkt werden, konnte sie nicht zufriedenstellend ausräumen. Die Beteuerung, dass TTIP Arbeitsplätze und Wachstum schaffen wird, wird von Studien widerlegt.

Zum vieldiskutierten Sondergerichtsmechanismus ISDS schlägt die Kommission nun die Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofes (ICS) vor. Auch der ICS räumt jedoch Konzernen die Möglichkeit ein, demokratisch gewählte Regierungen zu verklagen. Somit verfügen private Unternehmen über ein Privileg, das Staaten und der Zivilgesellschaft vorenthalten wird.

EU-Kanada-Abkommen

Während TTIP nicht mehr vor den US-Wahlen im Herbst fertig wird, soll das EU-Kanada-Abkommen CETA noch dieses Jahr an Rat und Parlament übermittelt werden. CETA ist die Blaupause für TTIP und enthält dieselben umstrittenen Bestimmungen. Noch ungeklärt ist, welche Mehrheit im Rat das Abkommen benötigt, und ob auch in nationalen Parlamenten darüber abgestimmt werden muss.

Ebenso brisant und leider kaum öffentlich diskutiert ist das derzeit verhandelte Dienstleistungsabkommen TiSA. Die USA, die EU und 21 weitere Staaten wollen damit

den Stillstand der weltweiten Verhandlungen über Dienstleistungshandel (GATS-Abkommen) beenden und Liberalisierungen und den Wettbewerb im Dienstleistungsbereich vorantreiben. TiSA beinhaltet Mechanismen, die bedeuten würden, dass weitere Bereiche für den Freihandel geöffnet und das auch nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Diese Abkommen sind daher in der derzeitigen Form abzulehnen, da sie zahlreiche Verschlechterungen mit sich bringen und demokratische Prozesse unterwandern. Um die europäische Freihandelspolitik in eine andere Richtung zu lenken, wird ein gallisches Dorf nicht reichen. Hier ist umso mehr die europäische und globale Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegung gefragt. Beim Kongress der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft UNI Europa wurde eine Resolution angenommen, in der sich UNI Europa gegen den Abschluss von TiSA ausspricht und weltweite Maßnahmen gegen das Abkommen plant. ■



© Kzenon - Fotolia

Zeit für mehr Frauen in Führungspositionen

Gefordert sind Mentoring-Programme, Führungspositionen für Teilzeitbeschäftigte und Quoten.

„Ich kenne Dutzende Argumente, warum Führungspositionen angeblich nichts für Frauen sein sollen, kein einziges davon stimmt. Frauen sind mindestens genauso gut ausgebildet und motiviert wie Männer“, stellt Ilse Fetik, Frauenvorsitzende der GPA-djp fest. Trotzdem liegt der Anteil von Frauen in Geschäftsführung und Aufsichtsräten in der Privatwirtschaft in Österreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt. In den Top-200-Unternehmen liegt der Frauenanteil in der Geschäftsführung bei unter sechs Prozent und hat sich in den vergangenen Jahren nur gering erhöht.

Eine 2014 in 22.000 Unternehmen in 91 Ländern durchgeführte Studie des

Peterson Institutes for International Studies bestätigt den Zusammenhang zwischen Frauen in Führungspositionen und dem Gewinn eines Unternehmens: Demnach erwirtschaften Unternehmen mit 30 Prozent und mehr Frauen im Management höhere Umsatzsteigerungen.

Die GPA-djp-Frauen setzen sich daher für bessere innerbetriebliche Entwicklungsmöglichkeiten, Mentoring-Programme, Assessment-Runden speziell für Frauen, Auswahl von Führungskräften, die Frauen beim Aufstieg bevorzugen, Führungspositionen auch für Teilzeitbeschäftigte, Quotenziele und Betriebsvereinbarungen mit der Festlegung eines Maßnahmenplans ein.

IT-Kollektivvertrag

Nach langen und harten Verhandlungen haben sich die GPA-djp und der Fachverband Unternehmensberatung, Buchhaltung und IT (UBIT) in der Wirtschaftskammer Österreich am 11. Februar auf einen neuen Kollektivvertrag für die rund 50.000 Beschäftigten in der IT-Branche geeinigt. Die Mindestgrundgehälter werden im Durchschnitt um 1,39 Prozent und die IST-Gehaltssumme um 1,34 Prozent angehoben. Lehrlingsentschädigungen und kollektivvertragliche Zulagen werden um jeweils 1,4 Prozent erhöht. Der Kollektivvertrag tritt rückwirkend mit 1. Jänner 2016 in Kraft. Neben der Gehaltserhöhung wurde vereinbart, das Rahmenrecht weiterzuentwickeln und über zeitgemäße Änderungen zu verhandeln.

Aufwertung für die Lehre

Der Gesetzesentwurf zum Qualifikationsrahmen, für den die Bundesregierung demnächst grünes Licht geben wird, bedeutet eine Aufwertung der Lehrberufe. Er erleichtert zukünftig auch AbsolventInnen einer Lehrausbildung die Arbeit und das Sammeln von Erfahrungen im Ausland, wie sie bisher eher Studierenden vorbehalten waren.

Die neue Regelung sieht vor, dass berufliche Abschlüsse erstmals in das achsstufige europaweite Kompetenzsystem (Europäischer Qualifikationsrahmen der EU) integriert, also auch für potenzielle Arbeitgeber im Ausland greifbar werden. Ein Lehrabschluss bedeutet dann beispielsweise genauso wie eine AHS-Matura Stufe 4, eine internationale Gleichstellung und damit eine Aufwertung des Images der Lehre.

Die GPA-djp-Jugend setzt sich schon seit langem auch für den Ausbau der Lehre mit Matura ein und fordert einen verbesserten Zugang für alle Lehrlinge sowie die entsprechenden Freistellungen durch die Arbeitgeber zur Maturavorbereitung. Die Lehre mit Matura sollte allen Lehrlingen offenstehen und nicht nur denjenigen, bei denen die Vorbereitung zufällig in den Dienstplan passt. Betroffene sollen sich nicht länger zwischen Arbeit und Ausbildung entscheiden müssen.



AMS-Vorstand Johannes Kopf spricht mit der KOMPETENZ über persönliche Erfolge und die großen Herausforderungen der österreichischen Arbeitsmarktpolitik.

Mit der Sozialpolitik infiziert

AMS-Vorstand Johannes Kopf im Porträt: über Beschäftigungsanreize und das Glücksgefühl, einem Arbeitssuchenden den passenden Job zu vermitteln.

von Andrea Rogy

Die Mühen der vergeblichen Jobsuche kennt Johannes Kopf, seit Juli 2006 gemeinsam mit Herbert Buchinger Vorstand des Arbeitsmarkt Service Österreich (AMS), aus eigener Erfahrung. Während seines Gerichtsjahres verschickte der Jurist rund 60 Bewerbungsschreiben für seinen Berufswunsch: Assistent der Geschäftsführung. In vielen anstrengenden Gesprächen musste er sich und seine Fähigkeiten präsentieren, erreichte manchmal die „zweite Runde“ und erhielt am Ende doch eine Absage.

Doch dann passte alles zusammen: Obwohl sich Kopf bei einem

Personalberater um einen ganz anderen Job beworben hatte, wurde er von der Industriellenvereinigung zu einem Gespräch eingeladen. Wolfgang Tritremmel, Lei-

der den jungen Juristen sofort faszinierte. „Damals wusste ich noch recht wenig über Arbeitsmarktpolitik, aber ich war sofort von der Sozialpolitik >infiziert<“, gesteht er rückblickend.

Kopf verschickte selbst 60 Bewerbungsschreiben für seinen Berufswunsch.

ter der Abteilung für Sozialpolitik höchstpersönlich umriss ein spannendes Tätigkeitsfeld. Kopf war in einer ungewohnten Situation: Nicht seine Kompetenzen wurden abgefragt, sondern ihm wurde „mit Begeisterung und glänzenden Augen“ ein Fachbereich umrissen,

Austausch ist wichtig

In den darauffolgenden vier Jahren als Referent für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wurde Kopf gefordert und gefördert: „Ich wurde von Beginn an um meine Einschätzung zu höchst komplexen Sachverhalten gebeten.“ Dieses Zugehen auf die Menschen, die Offenheit und das Interesse für die Meinung anderer hat ihn beeindruckt und ist dem heute 42-Jährigen auch in seiner

jetzigen Rolle als Führungskraft ein wichtiger Wert geblieben. Kopf sucht den Kontakt und Austausch mit seinen MitarbeiterInnen. Nach seinem Antritt hat er allen 104 regionalen Geschäftsstellen des AMS in Österreich einen Besuch abgestattet. Über zwei Jahre hinweg wurde ein Tag pro Woche für diese Visiten reserviert. „Manchmal hat mein Büro gestöhnt, doch ich wollte so viele KollegInnen wie möglich persönlich kennenlernen und mich mit ihnen austauschen.“ Um auch mit den neuen BeraterInnen des AMS in Kontakt zu kommen, besucht Kopf in regelmäßigen Abständen die Ausbildungsakademie in Linz. Insgesamt beschäftigt das AMS rund 6.000 Personen. Für Kopf sind sie die wichtigste Ressource des Unternehmens, das Symbol einer wertschätzenden Unternehmenskultur, die von den BeraterInnen dann nach außen weitergetragen werden soll.

Vor seinem Job im AMS war Kopf drei Jahre lang als Arbeitsmarktexperte im Kabinett von Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein tätig. Doch er will die Themen lieber selbst gestalten, als andere zu beraten. Und diese Spielräume hat er nun. Als operativer Geschäftsführer ist er ja zum Beispiel auch für die Finanzen oder die Personalpolitik des AMS verantwortlich. Am spannendsten wird es für ihn aber dann, wenn er sozial und arbeitsmarktpolitisch gestalten kann.

Er äußert sich daher auch zur tagesaktuellen Sozialpolitik, wenn ihm das sinnvoll scheint: So hat er sich öffentlich dagegen positioniert, die Mindestsicherung für Leute mit mehreren Kindern mit maximal 1.500 Euro zu deckeln. Für ihn wäre das „unelegant“ und rechtlich problematisch. „Sinnvoller ist es, die Menschen schneller in Arbeit zu bringen.“ Das funktioniert, in dem man Anreize zur Aufnahme einer

Beschäftigung schafft – etwa durch Änderung der Zuverdienstregelungen zur Mindestsicherung. Das Land Niederösterreich pilotiert derzeit so ein Modell.

Rasche Integration

Beim heiklen Thema einer Arbeitsmarkintegration der steigenden Zahl von Flüchtlingen wägt Kopf kurz die richtigen Worte ab, bezieht dann aber auch hier klare Positionen: „Der österreichische Arbeitsmarkt hätte diese zusätzlichen Jobsuchenden

68 Millionen werden 2016 für die Integration anerkannter Flüchtlinge ausgegeben.

nicht gebraucht. Diese Menschen fliehen ja vor Krieg und Verfolgung und wurden nicht arbeitsmarktpolitisch gesteuert.“ Da die Menschen aber nun einmal da sind, hält Kopf eine rasche Integration der anerkannten Flüchtlinge und der subsidiär Schutzberechtigten in den Arbeitsmarkt für zentral wichtig. Um den Zugewanderten die Möglichkeit zur Selbsterhaltung zu geben. Um das Sozialsystem zu entlasten. Um den Beschäftigungslosen eine Sinn- und Zeitstruktur zu geben.

Kopf argumentiert sehr pragmatisch und lösungsorientiert. Bei einheimischen wie zugewanderten Jobsuchenden sieht er die Niedrigqualifizierung als größtes Problem. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, stieg bereits in den vergangenen Jahren rasant. Unter den Flüchtlingen sind es aktuell die Afghanen, die ihm aufgrund ihres schlechten Bildungsniveaus Kopfzerbrechen bereiten: „Da kommen Probleme auf uns zu, die wir so noch nicht kannten. Wie gehen wir zum Beispiel mit einer erwachsenen Person um, die noch nie in einer Schule war?“

Mit Blick auf das Gesamtsystem wäre es aus seiner Sicht am besten, wenn Zuwanderer vom ersten Tag an Deutsch lernen könnten – nicht erst wenn sie Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Der Manager sieht hier keine Alternative. Denn wenn nicht investiert wird, würden die Menschen – die ja nun einmal da sind – zu reinen LeistungsbezieherInnen des Sozialsystems. Und das wird kostspielig – ökonomisch und gesellschaftspolitisch: „Es ist langfristig teurer, nicht sofort Deutschkurse anzubieten.“

Rund 68 Millionen Euro wird das AMS in diesem Jahr in die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt investieren – vor allem für Deutschkurse und Kompetenz-Checks. 2015 hat man rund 6.200 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte in ein Arbeitsverhältnis gebracht, derzeit sind 22.000 Asylberechtigte als arbeitsuchend vorgemerkt.

Positive Emotionen

Auf die Frage, was er in den bald zehn Jahren seiner Tätigkeit im AMS erreicht hat, hebt Kopf zunächst organisatorische Erfolge hervor. Man gelte als eine der besten Arbeitsmarktverwaltungen Europas, dafür gab es schon Staatspreise für Unternehmensqualität und viel internationales Lob. Nach einer kurzen Nachdenkpause blitzen die Emotionen hinter der Verwaltungsfassade hervor: Immer wieder hat er spannende, aber auch sehr glückliche Momente erlebt, meist wenn er das Gefühl hatte, etwas bewegt zu haben. Mit der Verantwortung, die damit verbunden ist, geht er recht entspannt um. Einige Male ist es ihm auch gelungen, jemandem direkt einen Arbeitsplatz zu vermitteln. Und da hat er es gespürt, ein tiefes Glücksgefühl. Wissend, dass ein vormals Arbeitsloser nun auf eigenen Beinen steht. ■



Zielpunktbeschäftigte teilweise übernommen

Die Ende 2015 angemeldete Insolvenz der Handelskette Zielpunkt bedeutete das Aus für 226 Zielpunktfilialen. Zumindest ein Teil der MitarbeiterInnen und alle Lehrlinge haben jedoch immer noch einen Job.

von Lucia Bauer

Für Betriebsrat und Beschäftigte völlig überraschend hatte die Handelskette Zielpunkt am 25. November ihre Insolvenz angekündigt. Inzwischen ist auch die letzte Filiale geschlossen und Zielpunkt endgültig Geschichte. Der stellvertretende Regionalgeschäftsführer Mario Ferrari, der auch den Zielpunkt-Betriebsrat betreut, erinnert sich noch gut an den November 2015. Von einem Moment auf den anderen wurden keine Gehälter mehr ausbezahlt, Belegschaft und Betriebsrat waren geschockt. „Wir mussten sofort reagieren“, erzählt Ferrari: „Innerhalb von zwei Tagen haben wir allein in Wien fünf Betriebsversammlungen organisiert und gemeinsam mit den Betriebsrätinnen fast 1.300 Zielpunktbeschäftigte persönlich über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert. Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können.“

Telefonhotline und Kredite

Gemeinsam mit der Arbeiterkammer wurde eine Telefonhotline eingerichtet, von der auch reger Gebrauch gemacht wurde. Mit

Unterstützung des Sozialministers gelang es, bei den Banken einen zinsenlosen Überziehungsrahmen für Zielpunktbeschäftigte auszuhandeln. „Wichtig war uns auch, die Beschäftigten darüber zu informieren, dass es im Insolvenzfall auch die Möglichkeit des berechtigten vorzeitigen Austritts gibt.“ Diese Regelung ermöglicht den Betroffenen, das Dienstverhältnis sofort nach Bekanntwerden der Insolvenz aufzulösen, ohne dass dabei Ansprüche auf Gehalt oder Abfertigung verloren gehen. „Für viele Beschäftigte war das eine große Erleichterung, weil ihnen damit erspart wurde, Zeit in leeren Filialen abzusitzen und etwa für Reinigungs- und Räumungsarbeiten eingesetzt zu werden“, erklärt Ferrari.

Besonders bemüht hat sich die GPA-djp um die 71 Lehrlinge von Zielpunkt und das mit Erfolg: Sie konnten mittlerweile alle bei anderen Handelsbetrieben untergebracht werden und ihre Ausbildung ohne Unterbrechung fortsetzen. Insgesamt wurden 226 Zielpunktfilialen geschlossen. Mit den Schließungen wurden automatisch alle noch

bestehenden Dienstverträge beendet. 88 der Zielpunktfilialen wurden von anderen Handelsketten übernommen: 26 Standorte von Spar, 20 von Rewe, elf von Hofer, sieben von der Biosupermarktkette denn's, zwei von Lidl und acht von der türkischen Lebensmittelkette Etsan. Aus anderen Branchen kamen die Drogerieketten dm (sieben) und Bipa (vier), die Tierfachmarktkette Fressnapf (zwei) und Libro (eine) zum Zug. Noch in Diskussion ist eine Übernahme von acht weiteren Filialen durch Lidl. Eine Garantie, dass ein neuer Betreiber die Belegschaft einfach mit übernimmt, gibt es zwar nicht, laut Informationen der ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden von Zielpunkt Snjezana Brajinovic wurde aber immerhin ein Teil der Beschäftigte übernommen.

Genaue Zahlen, will sie derzeit aber nicht nennen, die in den Medien herumgeisternden Zahlen seien unseriös und ungesichert, weil der Übernahmeprozess noch im Gange sei. Für die übrigen wurden Arbeitsstiftungen eingerichtet, in Wien etwa in Zusammenarbeit mit dem waff. ■



Neuerungen für Eltern

Mit Anfang 2016 sind wichtige Änderungen im Mutterschutzgesetz und im Väterkarenzgesetz in Kraft getreten.

Freie Dienstnehmerinnen, die ein Kind erwarten, sind ab sofort besser geschützt. Sie sind erstmals in den Geltungsbereich des Mutterschutzgesetzes einbezogen und haben nun ein individuelles und absolutes Beschäftigungsverbot vor und nach der Entbindung. Werden sie wegen ihrer Schwangerschaft oder bis vier Monate nach der Geburt gekündigt, haben sie nun die Möglichkeit, die Kündigung bei Gericht anzufechten. Verbesserungen gibt es auch für Pflegeeltern. Sie sind leiblichen Eltern und Adoptiveltern beim Anspruch auf Karenz und Elternteilzeit in Zukunft gleichgestellt.

Einen 4-wöchigen Kündigungsschutz gibt es in Zukunft für Frauen, die eine Fehlgeburt hatten. Sollte die Arbeitnehmerin nach Ablauf der vier Wochen gekündigt werden, weil vermutet wird, dass sie bald wieder schwanger wird, kann die Kündigung nach dem Gleichbehandlungsgesetz bei Gericht bekämpft werden.

Auch für gleichgeschlechtliche Paare gibt es Verbesserungen. Frauen, deren eingetragene Partnerin oder Lebensgefährtin durch medizinisch unterstützte Fortpflanzung ein Kind bekommt, haben künftig ebenfalls Anspruch auf Elternkarenz.

Broschüre Altersteilzeit

Die Altersteilzeit ermöglicht es älteren ArbeitnehmerInnen, gegen Ende ihres Erwerbslebens ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Der Altersteilzeit liegt das Ziel zugrunde, individuell einen besseren Übergang in die Pension zu ermöglichen und die Beschäftigungssituation von Älteren zu stabilisieren. Die Broschüre zum Thema Altersteilzeit gibt einen umfassenden Überblick über alle Regelungen einschließlich jenen zur 2016 in Kraft getretenen Teilpension.



Download: www.gpa-djp.at
Bestellungen: Tel. 05 03 01 oder service@gpa-djp.at

Dienstverhinderung – bekomme ich frei?

Sowohl erfreuliche als auch unerfreuliche Anlässe stellen ArbeitnehmerInnen vor die Frage: Muss mir der Arbeitgeber dafür frei geben? Wie lange bekomme ich frei und wird in dieser Zeit mein Entgelt weiterbezahlt?

Angestellte behalten den Anspruch auf Entgelt, wenn sie durch wichtige, ihre Person betreffende Gründe ohne ihr Verschulden für verhältnismäßig kurze Zeit verhindert sind, ihre Arbeit zu leisten. Das kann zum Beispiel die eigene Hochzeit sein, aber auch Todesfälle in der Familie. Die Dienstverhinderung müssen sie dem Arbeitgeber so schnell wie möglich bekanntgeben.

Eine ausdrückliche Obergrenze für die Dauer der Verhinderung ist nicht festgesetzt. Sie liegt jedoch – gemäß überwiegender Meinung – in der Regel bei einer Woche. Zur Dienstverhinderung zählen auch die erforderlichen Wegzeiten (z. B. von der Arbeit zur Behörde und zurück).

Diese Bestimmung ist zwingend – sie kann nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden. Gibt es abweichende Regelungen im Kollektivvertrag, im Arbeitsvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung, dann müssen diese günstiger sein.



**Fakten
Check**

Faktencheck **Mindestsicherung**

Die Mindestsicherung ist weder eine soziale Hängematte, noch ist sie zu hoch.

von David Mum

Behauptung: Immer mehr Menschen beziehen bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) und die Kosten steigen. Das zeigt die Notwendigkeit für Einschnitte und Reformen.

Faktencheck: Ja, es stimmt, dass die Zahl der BMS-BezieherInnen steigt. 2011 gab es 193.276 BezieherInnen, 2014 waren es 256.405. Dieser Anstieg ist leider nicht verwunderlich, denn er fand vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit statt. Das Arbeitslosengeld eines/r Alleinstehenden beträgt 55 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. War man vor dem Verlust des Arbeitsplatzes niedrig bezahlt oder hat Teilzeit gearbeitet, dann sind die AMS-Leistungen oft nicht existenzsichernd. Man erhält dann zusätzlich eine Aufstockung durch die Mindestsicherung. Die meisten BezieherInnen der

Mindestsicherung haben zusätzlich ein geringes Erwerbsbeinkommen oder eine geringe Leistung des AMS. In Wien etwa sind das 60 Prozent, 15 Prozent beziehen die Mindestsicherung ergänzend zu einem geringen Erwerbseinkommen. Die Mindestsicherung würde ihren Zweck verfehlen, wenn bei drastisch steigender Arbeitslosigkeit nicht mehr Menschen eine Existenzsicherung durch die Mindestsicherung erhalten würden. Insgesamt betragen die Kosten der Mindestsicherung übrigens nur 0,67 Prozent des Sozialbudgets.

Behauptung: Die Mindestsicherung ist so hoch, dass es sich nicht auszahlt arbeiten zu gehen.

Faktencheck: 2016 beträgt der Richtsatz für die Mindestsicherung 837,76 Euro für Alleinstehende und 1.256,64 Euro für (Ehe-)Paare. Für jedes Kind

kommen 150,80 Euro dazu. Die Mindestsicherung wird 12-mal im Jahr ausbezahlt. Es ist richtig, dass bei sehr geringen Löhnen, vor allem bei Teilzeitbeschäftigung, die Differenz zwischen Lohn und Mindestsicherung mitunter nicht hoch ist. Umso wichtiger ist es daher Mindestlöhne anzuheben. Beim Vergleich muss man außerdem berücksichtigen, dass Löhne und Gehälter in der Regel 14-mal ausbezahlt werden. Dazu ein konkretes Rechenbeispiel: Bei 1.500 Euro Bruttoeinkommen erhält man netto 1.198,90 Euro. Das liegt um 361 EUR über der Mindestsicherung. Inklusive Sonderzahlungen ergibt sich eine jährliche Differenz von 6.736 EUR. Das Arbeitseinkommen liegt damit um 67 Prozent über der Mindestsicherung.

Und: Man kann sich nicht aussuchen, ob man arbeiten geht oder

Mindestsicherung bezieht. Voraussetzung für den Bezug ist, dass man jede zumutbare Arbeit annimmt, da fällt selbstverständlich auch Teilzeitarbeit bzw. Arbeit unter dem Richtsatz der Mindestsicherung darunter. Man kann keine Arbeit ablehnen, weil sich das nicht „auszahlt“.

Behauptung: Die Mindestsicherung ist eine soziale Hängematte.

Faktencheck: Das Leben als MindestsicherungsbezieherIn ist alles andere als bequem. Anders als bei Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe muss man, bevor man Mindestsicherung beziehen kann, sein Vermögen verwerten, z. B. Ersparnisse aufbrauchen. Lediglich ein Freibetrag von 4.188,80 EUR ist geschützt. Der Bezug der Mindestsicherung setzt außerdem Arbeitswilligkeit voraus und die wird überprüft und sanktioniert. 2015 gab es in Wien 8.050 Sanktionen, weil die BezieherInnen Termine nicht wahrgenommen oder Arbeit nicht angenommen haben. BMS-BezieherInnen müssen zudem ihre Lebensverhältnisse offenlegen. Während des laufenden Bezugs sind jederzeit Kontrollen möglich, z. B. mittels unangemeldeter Hausbesuche. Zu

unrecht bezogene Leistungen müssen zurückbezahlt werden. Bei Missbrauch drohen Verwaltungsstrafen. Die durchschnittliche Bezugsdauer bei der BMS beträgt zwischen sechs und neun Monaten. Für die überwiegende Mehrheit ist die Mindestsicherung eine kurzfristige Überbrückungshilfe und alles andere als eine soziale Hängematte. Eine große Zahl von Bezugsberechtigten nimmt überhaupt keine Leistungen in Anspruch, darunter auch viele Menschen mit einem geringen Einkommen.

Behauptung: Wenn man Kinder hat, zahlt es sich nicht aus arbeiten zu gehen, weil dann die Mindestsicherung so hoch ist.

Faktencheck: Zu berücksichtigen ist zunächst einmal, dass Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag prinzipiell zustehen, egal ob man einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nicht. Es ist richtig, dass ein Alleinverdiener/eine Alleinverdienerin bei einem Kind 1.580 EUR brutto verdienen muss, um im Jahr auf dasselbe Familieneinkommen zu kommen wie bei der Mindestsicherung – bei vier Kindern sind das schon 2.135 EUR. Wesentlich geringer ist

dieser Betrag, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Da die Einkommen getrennt besteuert werden und die Besteuerung erst bei einem Bruttoeinkommen ab ca. 1.200 EUR beginnt, müssen beide zusammen deutlich weniger verdienen, um auf denselben Bruttobetrag zu kommen. Bei einem Kind 1.419 Euro (je 709 Euro), bei vier Kindern 1.850 Euro (je 925 Euro).

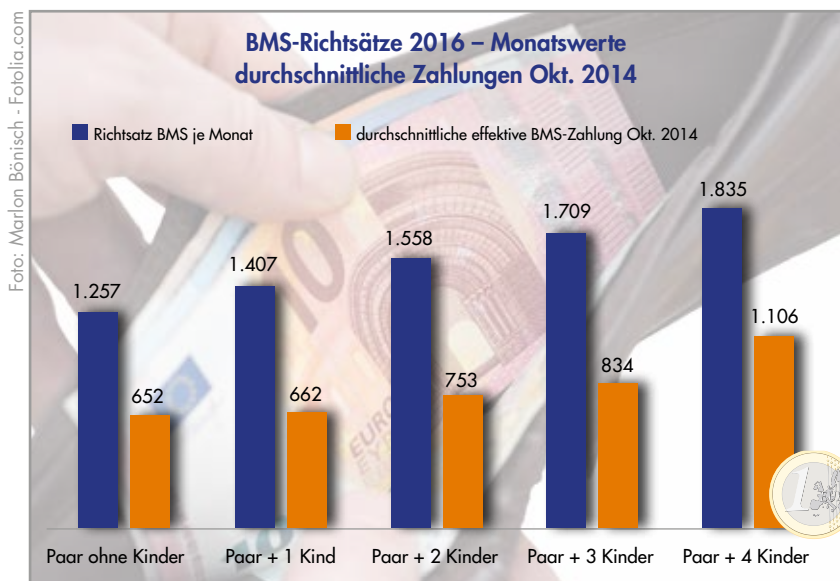
Die tatsächlichen Zahlungen an Mindestsicherung bleiben übrigens deutlich hinter den kolportierten Rechenbeispielen zurück. Durchschnittlich wurden im Oktober 2014 pro Haushalt 603 Euro ausbezahlt. Selbst Familien mit vier und mehr Kindern bekamen im Schnitt nur 1.106 Euro (siehe Grafik).

Wie bereits erwähnt, kann man sich auch nicht aussuchen, ob man Mindestsicherung beziehen oder arbeiten gehen möchte, weil mangelnde Arbeitswilligkeit sanktioniert wird.

Behauptung: AsylwerberInnen bekommen Mindestsicherung.

Faktencheck: Diese Behauptung ist falsch. Asylsuchende während des laufenden Verfahrens bekommen keine Mindestsicherung, sondern die sogenannte Grundversorgung. Wohnen sie in organisierten Unterkünften, werden maximal 19 Euro pro Tag direkt an die Einrichtung bezahlt, in der sie untergebracht sind. Maximal 40 Euro Taschengeld pro Monat erhalten die Asylsuchenden für alle persönlichen Ausgaben. Wenn sie selbstständig wohnen, erhalten sie maximal 320 Euro pro Person und Monat. Eine fünfköpfige Familie bekommt maximal 910 Euro monatlich. Asylberechtigte, also jene Flüchtlinge, denen bereits Asyl gewährt wurde, sind ÖsterreicherInnen gleichgestellt und können die Mindestsicherung beziehen. Es gelten dann auch die gleichen Regeln in Bezug auf Arbeitsbereitschaft und Sanktionen.

In der Realität wird kaum je der volle Richtsatz ausbezahlt.





Im Unterschied zum freien Dienstverhältnis gibt es beim echten Arbeitsverhältnis eine sehr starke persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber.

Ich bin so frei

Immer mehr ArbeitnehmerInnen werden als Scheinselbstständige um ihre Ansprüche geprellt. Die GPA-djp unterstützt Betroffene dabei, zu ihrem Recht zu kommen.

von Elisabeth Schubert und Lucia Bauer

René S. kam auf Anraten der Gebietskrankenkasse in die Regionalgeschäftsstelle NÖ der GPA-djp. Er wollte seine Beendigungsansprüche überprüfen lassen, da die Kooperationsvereinbarung mit seinem Dienstgeber, einem Immobilienmakler, geendet hatte. Zehn Jahre lang hatte Herr S. für die Immobilienkanzlei einerseits allgemeine Sekretariatstätigkeiten verrichtet, und andererseits als Immobilienmakler gearbeitet. Die Abrechnung erfolgte in Form von regelmäßig ausbezahlten und leistungsangemessenen Provisionen, die Herr S. selbstständig versteuerte. Herr S. zweifelte schon seit längerer Zeit

an der Rechtmäßigkeit seines Vertrages. Aus Angst vor Problemen und Sorge um seinen Arbeitsplatz hatte er diese Zweifel aber gegenüber seinem Arbeitgeber für sich behalten. Nach der Beendigung seines Arbeitsverhältnisses war daher

Die GPA-djp hilft bei der Überprüfung des Vertrags.

für ihn naheliegend, seinen Vertrag überprüfen zu lassen. Um festzustellen, ob wie im Fall von Herrn S. ein Werkvertragsverhältnis, ein Verhältnis als freier Dienstnehmer oder ein echter Dienstvertrag

vorliegt, muss die Tätigkeit im Detail betrachtet werden.

Tätigkeiten im Detail

Herr S. erledigte in der Immobilienkanzlei den Großteil der E-Mail-Korrespondenz, akquirierte neue Objekte, führte Telefonate und begleitete bei Besichtigungsterminen. Außerdem erstellte er Fotos, wickelte Kaufverträge ab, nahm Kaufangebote entgegen und nahm sowohl an Besprechungen mit KundInnen als auch internen Besprechungen teil. Alle diese Tätigkeiten musste er persönlich ausführen und konnte sich nicht durch eine andere Person vertreten lassen. Seinem Chef war Herr S.

weisungsgebunden. Auch bei den Terminen hatte er keine Gestaltungsmöglichkeiten. Sie wurden ihm durch seinen Chef verbindlich vorgegeben. Wenn Herr S. nicht außer Haus tätig war, musste er in der Zeit zwischen 8.00 und 16.00 Uhr zumindest vier Stunden in der Immobilienkanzlei verbringen, um dort die Büroarbeiten zu erledigen. Die Kooperationsvereinbarung beinhaltete außerdem ein Konkurrenzverbot. Herrn S. wurde im Vertrag verboten, auch für einen anderen Auftraggeber tätig zu sein.

Die Immobilienkanzlei stellte Herrn S. für seine Tätigkeit eine SIM-Karte, Werbetafeln, Software und alle erforderlichen Unterlagen zur Abwicklung der Immobiliengeschäfte zur Verfügung. Nur das Handy und den Laptop stellte Herr S. selbst zur Verfügung.

Scheinselbstständig

Die genaue Schilderung seiner Tätigkeiten beim Beratungsgespräch machte klar, dass Herr S. bei seiner Arbeit alles andere als frei und selbstständig war. Herr S. kann weder als freier Dienstnehmer noch als Werkvertragsnehmer für die Immobilienkanzlei tätig gewesen sein. „Hier liegen die typischen Merkmale für ein echtes Arbeitsverhältnis vor“, war die beratende Regionalsekretärin der GPA-djp überzeugt.

Im Unterschied zum freien Dienstverhältnis gibt es beim echten Arbeitsverhältnis eine sehr starke persönliche Abhängigkeit zum Arbeitgeber, also eine starke Bindung an Arbeitszeiten und an Weisungen. Es besteht keine Vertretungsmöglichkeit. Man ist in die Organisation des Betriebes eingebunden, verwendet die Arbeitsmittel des Arbeitgebers und schuldet dem Arbeitgeber keinen Erfolg bzw.

kein „Werk“, wie dies beim Werkvertrag vereinbart ist, sondern bloß eine sorgfältige und bemühte Leistung.

Die Gebietskrankenkasse kam ebenfalls zum Schluss, dass ein echtes Dienstverhältnis vorliege. In einem Bescheid verpflichtete sie den Arbeitgeber von Herrn S. dazu, sowohl die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers als auch die des Arbeitnehmers nachzuzahlen.

Urlaubsansprüche gesichert

Nachdem geklärt war, dass die ganzen Jahre ein echtes Arbeitsverhältnis zwischen Herrn S. und der Immobilienkanzlei vorgelegen hatte, und der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge nachgezahlt hatte, machte die GPA-djp für Herrn S. schließlich noch die Urlaubersatzleistung für seinen nicht konsumierten Urlaub geltend. Herr S. war nämlich die letzten Jahre nie auf Urlaub gewesen, obwohl ihm wie allen

Die Watchlist Prekär schafft die Möglichkeit, zweifelhaftes Verhalten des eigenen Arbeitgebers zu melden.

Beschäftigten fünf Wochen Urlaub pro Jahr zugestanden wären. Angesichts der Aussichtslosigkeit seiner Lage war der Arbeitgeber bereit, auch die Urlaubersatzleistung zu bezahlen. Dank der Unterstützung durch die GPA-djp konnte Herr S. mit dem erstrittenen Geld einen langen und erholsamen Urlaub verbringen.

www.watchlist-prekaer.at

Rene S. ist mit seiner Geschichte leider kein Einzelfall. Quer über alle Branchen sind immer mehr Menschen von sogenannter Scheinselbstständigkeit betroffen. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie mit weit weniger Geld auskommen müssen als ihre angestellten KollegInnen, sie haben z. B. keinen

© Nurih Wagner-Strauss



Rechtsexpertin
Andrea Komar

„Immer häufiger bekommen ArbeitnehmerInnen nur einen freien Dienstvertrag oder gar einen Werkvertrag angeboten. Der Arbeitgeber versucht damit, das wirtschaftliche Risiko, das er tragen müsste, an die ArbeitnehmerInnen weiterzugeben. Doch welche Überschrift ein Vertrag trägt, ist ohnedies egal – es geht um den wirtschaftlichen Gehalt, und um das, was tatsächlich gelebt wird.“

Anspruch auf die kollektivvertraglich geregelten Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld. Außerdem sind sie arbeitsrechtlich kaum geschützt.

Die Arbeitgeber begründen diese Vorgangsweise meistens mit der schlechten Auftragslage. Betroffen sind neben älteren ArbeitnehmerInnen vor allem BerufseinsteigerInnen, die oftmals zu hören bekommen: „Wir würden Ihnen gerne fürs Erste einen freien Dienstvertrag anbieten, wenn alles gut läuft, können wir uns gut vorstellen, Sie in einem Jahr bei uns anzustellen.“ Da sie auf ihren Job angewiesen sind, zögern viele Betroffene – wie auch Herr S. – oft lange, eine Beratung in Anspruch zu nehmen.

Die GPA-djp hat daher für diese ArbeitnehmerInnen die Seite **www.watchlist-prekaer.at** eingerichtet. Hier können Menschen, die vermuten, dass sie von ihrem Arbeitgeber um Ansprüche geprellt werden, anonym Meldung machen. Selbstverständlich unterstützt die GPA-djp auch beratend in allen Regionen. Ein Erstgespräch ist während der Öffnungszeiten ohne Terminvereinbarung möglich. ■



Foto: WBV-GPA

(D)ein Stückchen Stadt im Wienerwald

Mietwohnungen in der Waldmühle Rodaun ab sofort mit Kaufoption.

von Christian Swoboda

An der Grenze zwischen Wien-Liesing und Kaltenleutgeben entsteht seit dem Frühjahr 2014 ein urbanes Wohnprojekt mit 450 Wohnungen zwischen 59 und 135 Quadratmetern. 77 Wohneinheiten sind barrierefrei mit optionaler Betreuung des Kooperationspartners Caritas Österreich für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Alle Wohnungen verfügen neben sehr effizienten Grundrissen über Außenbereiche und eigene Garagenplätze. Das Kooperationsprojekt der renommierten Bauträger WBV-GPA, Österreichisches Siedlungswerk, Wien-Süd und Familienwohnbau ist

gleich mehrfach grün: Zum einen ist der Wienerwald zum Greifen nahe, zum anderen ist die Waldmühle in einem 12.000 Quadratmeter großen Park mit eigenem Swimmingpool eingebettet und nicht zuletzt gibt es ein nachhaltiges E-Mobilitätskonzept und eine Mitfahrbörse. Ein Café, ein eigener Supermarkt und ein Kindergarten runden das Angebot ab. Sag mir Herz, was willst du mehr?

Der Umwelt zuliebe

Die Waldmühle Rodaun ist nicht nur ein Stückchen Stadt im Wienerwald,

sondern drüber hinaus das derzeit größte Urban-Mining-Projekt in Österreich. Mehr als zwei Drittel des Bauschutts der Altbebauung (der ehemaligen Lafarge-Perlmöoser Zementfabrik) konnten hier nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip recycelt und wiederverwendet werden, was für die Umwelt eine mehr als tolle Sache ist. Denn so können Transportfahrten für die ansonsten notwendige Entsorgung vermieden werden, und der Rohstoff „Bauschutt“ kann durch gezielte Wiederverwertung an Ort und Stelle sinnvoll eingesetzt werden. So kam es zu keiner Umweltbelastung, sondern

zu einer Entlastung unseres Ökosystems. Selbstverständlich wurde das Grundstück im Zuge des Neubaus von sämtlichen Altlasten befreit.

Wohnen im Erholungsgebiet

Die außergewöhnliche Inselsituation des Areals im Erholungsgebiet Wienerwald macht die Waldmühle Rodaun zu einem einzigartigen Wohnprojekt. Wer hin und wieder in der beliebten Ausflugsgegend am Rande von Wien, die doch so nahe zur eigentlichen Stadt liegt, vorbeikommt, kann sich über den überaus raschen Baufortschritt selbst ein Bild machen und bestaunen, wie schön sich das Stückchen Stadt in die Umgebung einpasst. Man kann sich lebhaft ausmalen, wie hier ab dem Sommer Familien mit Kindern ein überaus attraktives neues Zuhause finden werden, und mit Sicherheit auch einige Sportbegeisterte, denn in dieser Gegend von Wien gibt es nicht nur die mitunter schönsten Wanderwege, sondern sie gilt auch bei FahrradfahrerInnen – seien es Rennradbegeisterte oder Mountainbiker – als absoluter Geheimtipp. Aber nicht nur Kinder, Familien und SportlerInnen werden mit dem Wohnprojekt angesprochen, sondern auch Menschen mit besonderen Pflegebedürfnissen. Die knapp 80 barrierefreien Wohnungen für alleinstehende Personen oder Paare können optional mit einem Betreuungsservice der Caritas Wien gebucht werden. Somit können auch ältere Personen beruhigt ihrem Lebensabend im grünen Erholungsgebiet entgegnenblicken.

Besichtigungstage am Ort des Geschehens

Für WohnungsinteressentInnen gibt es ab 8. April ein besonderes Service der Bauträger, denn ab diesem Zeitpunkt wird es auf der bereits fast fertigen Baustelle zwei voll möblierte Musterwohnungen

zu besichtigen geben, um sich das überaus naturnahe Wohnen unter realen Bedingungen vorstellen zu können. Wer also sein neues Heim im Grünen sucht, sollte sich die Besichtigung der Musterwohnungen, die an jedem Freitag in der Zeit von 13.00 bis 17.00 Uhr und an Samstagen in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr stattfindet, nicht entgehen lassen. Der Besichtigungstermin kann im Idealfall noch mit einem Ausflug in der Gegend (z. B. auf die Wienerhütte) kombiniert werden.

Preise und Konditionen

Die Mieten richten sich nach den Vorgaben der Wiener Wohnbauinitiative 2011 und bieten leistbare Konditionen. Interessenten haben dabei die Auswahl zwischen zwei Varianten mit unterschiedlich hohem Finanzierungsbeitrag. Eine Variante sieht im Schnitt ca. Euro 150,-/m² Eigenmittel des Mieters und eine Miete von voraussichtlich brutto Euro 9,20/m² vor. Die andere Variante bietet bei durchschnittlichen Eigenmitteln des Mieters von ca. Euro 500,-/m² eine Miete von voraussichtlich brutto Euro 7,50/m². Bei beiden Varianten besteht nach 10-jähriger Miete eine Kaufoption der angemieteten Wohnungen – so kann jeder zukünftige Bewohner langfristig planen und sich überlegen, ob es für ihn nicht sinnvoller wäre, die Mietwohnung im Eigentum zu erwerben. Das Projekt ist auch auf Menschen mit besonderem Wohnbedarf gut vorbereitet.

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte
WBV-GPA Wohnungsservice
– Gassenlokal
1010 Wien, Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14
Internet: www.wbv-gpa.at
wohnungsservice@wbv-gpa.at

Die barrierefreien Wohnungen von ca. 50 m² bis 60 m² mit optionaler Betreuung durch die Caritas Österreich als soziale Trägerorganisation werden zu Brutto-Pauschalmieten ab Euro 565,- angeboten und sind mit Küchen ausgestattet. Allgemeinräume für Therapie- und Gemeinschaftszwecke garantieren eine Grundversorgung an Betreuung.

Kontaktinformationen & Tag der offenen Tür

Falls Ihr Interesse an dem Wohnbauprojekt geweckt wurde, sollten Sie sich aufgrund des hohen Baufortschritts möglichst rasch an den nachfolgenden Vertriebskontakt wenden, und sich einen Vor-Ort-Besichtigungstermin vereinbaren. Apropos, die Baustelle lädt am 2. April von 9.00 bis 13.00 Uhr zum großen Tag der offenen Tür – vorbeischauen lohnt sich!

Vertriebskontakt:

WMR – Waldmühle Rodaun
Betreuungsgesellschaft mbH
Tel.: 01/533 34 14 DW 23 oder DW 58
wohnungsservice@wbv-gpa.at
www.waldmuehle-rodaun.at

FREIE WOHNUNGEN Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2- bis 5-Zimmer-Wohnung frei, HWB 144 kWh/m²/a
- 8605 Kapfenberg, Johann-Böhm-Str. 33, 3-Zimmer-Wohnung, 65 m², Loggia, HWB 48,47 kWh/m²/a
- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6a, 4-Zimmer-Wohnung, 117 m², Loggia, HWB 39 kWh/m²/a
- Gloggnitz, Stuppacherstr. 6, 1-Zimmer-Wohnung, 33 m², HWB 60 kWh/m²/a



© rubigphoto - Fotolia.com

Frühlingszeit

Der Winterschlaf ist vorbei, die Natur erwacht und Sie profitieren mit Ihrer GPA-djp-CARD von Freizeitangeboten zu Vorteilspreisen.

© Eric Holan



Twin City Liner

In nur 75 Minuten von Wien nach Bratislava bzw. retour mit dem Twin City Liner.

Vollklimatisiert und mit First-Class-Bestuhlung ausgestattet, mit Panorama-Fenstern und einem Freideck erleben Sie die bis zu 70 km/h schnelle Fahrt auf der Donau, während Sie mit Köstlichkeiten vom Catering an Bord verwöhnt werden.

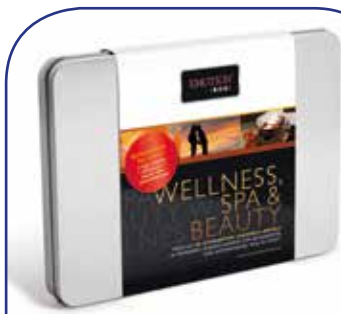
Für GPA-djp-Mitglieder:

10 % Rabatt auf Fahrpreise, auch für eine Begleitperson (exkl. Hafentaxen und ausg. Juli/August, Sa. und So.).

Twin City Liner Erlebniskarte mit Ermäßigungen in Wien und Bratislava um EUR **7,-** statt 10,-

Buchung unter Tel. 01/904 88 80
www.twincityliner.com

© Emotion



Emotion-Geschenkbboxen

Ob im gemütlichen Vital-, Schloss- oder Sporthotel, oder auch im exklusiven 5-Sterne Spa-Hotel – Emotion ist der Spezialist für außergewöhnliche und hochwertige Urlaubsangebote und Geschenkideen!

Mit den Emotion-Boxen haben Sie garantiert das passende Präsent für jeden Anlass, denn mit diesen Gutscheinen schenken Sie erholsame Wellnessstage und schöne Momente zu zweit. Hotel und Reisedatum kann der Beschenkte selbst wählen.

Wählen Sie aus den vielfältigen Arrangements und sparen Sie EUR **10,-** mit dem Kennwort „DAK2642“.

Bestellung: www.emotion-box.eu
Tel.: 01/503 42 22-200
E-Mail: office@emotion.eu

© Manfred Skoll



Das Abenteuer beginnt – im Erlebnispark Gänserndorf

Eine einzigartige Kombination aus Abenteuer, Spiel und Aktivität für die ganze Familie von 2.4.–30.10.2016 geöffnet.

Im Waldklettergarten (neun Parcours) Action erleben. Auf 3-D-Bogensafari gehen und auf naturgetreue Tierfiguren schießen und Offroad Segway fahren. Ob sportlich oder gemütlich, Action oder Erholung, Spaß oder Spannung – die Entscheidung liegt bei Ihnen!

GPA-djp-Mitglieder erhalten mit der CARD **15 %** Ermäßigung auf den Preis der Abenteuer Tageskarte!

2230 Gänserndorf
Siebenbrunnerstraße 55
Tel.: 02282/799 88
www.erlebnispark-gaenserndorf.at

© Boutique Carla



Boutique Carla

Die Kollektionen zeigen sich reich an der selektiven Auswahl und den neuesten Trends – elegant und feminin.

- Mode, Accessoires und Modeschmuck
- Mode ist überall um uns herum und beeinflusst uns jeden Tag aufs Neue
- Qualität bei Materialien und Verarbeitung

Genießen Sie mit Vorlage Ihrer GPA-dip-CARD die VIP-Konditionen: **–10 %** und das Privileg der Vorinformationen des exklusiven Pre-Sales.

Boutique Carla
Hoher Markt 3
1010 Wien

Mehr Infos unter:
www.boutique-carla.com
www.love-affair.com

© Club Danube



Club Danube Freizeitanlagen

Ein breites Spektrum an Sport- und Freizeiterlebnis für die ganze Familie an 8 Wiener Standorten.

Hohe Trainingsqualität durch innovative Geräte und individuelle Betreuung mit kompetenten TrainerInnen, Ballsportarten wie Squash, Badminton oder Tennis und entspannende Wohlfühlangebote.

GPA-djp-Mitglieder erhalten folgende Vergünstigungen:
Fitness Hit: 12 Monate EUR 399,–
Fitness Basic: 4 Monate EUR 240,–/12 Monate EUR 599,–
Fitness Plus: 4 Monate EUR 265,–/12 Monate EUR 649,–

Bezugsscheine erhalten Sie im GPA-djp-Service-Center:
Tel.: 05 03 01-301 oder service@gpa-djp.at

www.clubdanube.at

© Hairdreams



Hairdreams

Wo jeder Haar- und Frisurentraum in Wohlfühlatmosphäre wahr wird – mit hochwertigen Hairdreams-Echthaaren in einer Perfektion, die weltweit einzigartig und unübertroffen ist!

GPA-djp-Mitglieder erhalten **10 %** Ermäßigung auf alle Hairdreams-Produkte und Dienstleistungen in Wien und Graz.

Hairdreams Couture Salon
Landstraßer Hauptstraße 18,
1030 Wien
Tel.: 01/714 86 14 oder
info@hairdreamscouture.at

Hairdreams_center Graz
St.-Peter-Hauptstraße 30,
8042 Graz
Tel.: 0316/46 28 20 oder
hdc-A-8042@hairdreams.com

www.hairdreamscouture.at
www.hairdreamscenter.at

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.GPA-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, service@gpa-djp.at



© Jeannette Diehl - Fotolia



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 10. April 2016**. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© www.stefanjohn.com



12.–20. April 2016

Dead Letter Office

Diverse Veranstaltungsorte, Wien

Verweigerer oder Held des Anti-Kapitalismus – Bartleby aus der gleichnamigen Erzählung von Herman Melville („Moby Dick“) fasziniert seit jeher.

Info: www.wiendrama.wordpress.com
Karten: wiendrama@chello.at
Mit CARD EUR 13,–



© Axel Zwingenberger



20. April 2016

Axel Zwingenbergers Boogie Woogie News 2016
Wiener Metropol

Die Leitfigur des Boogie Woogie bringt Neues ins Metropol: drei international gestandene Pianisten, die noch nie zuvor in Wien gastiert haben.

Info: 01/585 69 96-15
Karten: tickets@LSKkonzerte.at
15 % CARD-Ermäßigung



© Helmut Thewalt



21. April 2016

Monster High – Live
Wiener Stadthalle

Zum allhundertjährig stattfindenden Tanzwettbewerb muss sich die Monsterclique um Draculaura, Frankie Stein und Clawdeen Wolf vielen Herausforderungen stellen.

Info: 01/585 69 96-15 od. 25
Karten: tickets@LSKkonzerte.at
20 % CARD-Ermäßigung



© LSK



23. April 2016

Marios Anastassiou & Band
Wiener Metropol

Der Busukivirtuose, Sänger und Komponist Marios Anastassiou nimmt Sie mit auf die Reise und feiert mit diesem Konzert 30 Jahre Bühnenpräsenz in Österreich.

Info: 01/585 69 96-15
Karten: tickets@LSKkonzerte.at
20 % CARD-Ermäßigung



© Christof Mattes



7. Mai 2016

Ein Sommernachtstraum
Wiener Konzerthaus

Klaus Maria Brandauer und das Orchester KlangVerwaltung München unter Enoch zu Gutenberg werden dem Wiener Publikum mit dieser besonderen Fassung eine Sternstunde bereiten.

Info: www.konzerthaus.at
Karten: 01/24 20 02
20 % CARD-Ermäßigung



© Jerzy Bin



7. Juli bis 20. August 2016

Viktoria und ihr Husar
Seebühne Mörbisch

Swing, Jazz, Charleston und die große Liebe. Erleben Sie mit „Viktoria und ihr Husar“ eine Perle der Revue-Operette.

Info: www.seefestspiele.at
Karten: Tel. 02682/662 10
(Codewort: GPA 2016) oder bei der ÖGB-Kartenstelle
Bis 12 % CARD-Ermäßigung



So sicher ist ihre Pension. Argumente und Informationen gegen die Angst vor dem Alter

Hrsg.: Redl/Thurnher/Wöss,
Falter Verlag 2015, 19,90 Euro

Unser Pensionssystem ist in aller Munde und trotzdem nicht immer leicht zu verstehen. Es geht um teils komplizierte Bestimmungen, die häufig reformiert werden. In der medialen Diskussion scheint das Thema meist strittig, die Perspektiven der langfristigen Pensionssicherheit werden oft düster gezeichnet – das erzeugt bei den Menschen Unsicherheiten und Ängste. Das vorliegende Buch bietet eine sehr gute Grundlage dafür, diese Fragen mit kühlem Kopf zu diskutieren. Dazu werden viele Fakten auf den Tisch gelegt und die Zusammenhänge von Pensionsexperten in verständlicher Sprache erklärt.

Für einen guten Überblick werden die Pensionssysteme anderer Länder vorgestellt. Es ist spannend zu lesen, welche Erfahrungen diese mit ihren Systemen gemacht haben. Dann wird erklärt, seit wann es in Österreich eine staatlich garantierte Alterssicherung gibt. Auch die Relation zwischen Beitrags- und Steuerfinanzierung wird dokumentiert.

Letztlich steht hinter all den dargestellten Fakten und Argumenten doch die Frage nach dem richtigen Pensionssystem. Welche Faktoren sind ausschlaggebend dafür, dass unsere Pensionen auch für künftige Generationen gesichert sind? In diesem Buch finden die LeserInnen Antworten auf vielen verschiedenen Ebenen.



Gegner des Umlagesystems kritisieren häufig, dass immer weniger Junge eine steigende Zahl von Älteren erhalten müssten. Demgegenüber schreiben Analysen den Entwicklungen am Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle zu. Ein von der AK entwickeltes

Rechenmodell zeigt, dass es nicht auf die demografische Situation allein ankommt. Relevant ist auch, wie sich die Ausgaben der Pensionsversicherung in Relation zum Wirtschaftswachstum des gesamten Landes entwickeln. Auch Migration und Produktivitätssteigerungen spielen eine Rolle.

Basiswissen für alle, die sich selbst eine fundierte Meinung über unser Pensionssystem bilden möchten.

Andrea Rogy

Navid Kermani: Einbruch der Wirklichkeit – Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa. Mit dem Magnum-Photographen Moises Saman.

Verlag C.H.Beck, München 2015,
96 Seiten, ISBN 978-3-406-69208-6, 10,30 Euro

„Es herrscht Krieg an den südlichen und östlichen Grenzen unseres Wohlstandsghettos, und jeder einzelne Flüchtling ist dessen Bote: Sie sind der Einbruch der Wirklichkeit in unser Bewusstsein“, schreibt Navid Kermani. Der vielfach ausgezeichnete deutsch-iranische Schriftsteller ist selbst ein „Einwandererkind“. Er vermag sich daher gut in die Lage von entwurzelten Menschen versetzen. Vor allem bringt er die nötige Sachkenntnis mit, um die Hinter- und Beweggründe von Flüchtlingen und MigrantInnen verständlich zu beschreiben.

Kermani machte sich im Herbst mit dem Fotografen Moises Saman ein Bild von der strapazierten „Balkanroute“, auf der viele aus Syrien oder Afghanistan versuchen, nach Europa zu gelangen. Dass er die Menschen, die monatelang zu Fuß und auf völlig überfüllten Booten unterwegs sind, in den Interviews auch darauf hinweist, sie sollen doch nicht alles im Fernsehen glauben, ist ein wichtiges Detail. Denn viele geraten in ihrer Not an die ausbeuterischen Schlepper unter falschen Versprechungen.

Die Reportage mit den ausdrucksstarken Fotos ist eine Bestandsaufnahme, wie es den Geflohenen (Habenichtse sowie Mittelschichtangehörige mit Smartphones) geht, ebenso wie den freiwilligen HelferInnen etwa auf Lesbos oder den PolizistInnen



in Kroatien oder an der türkischen Küste – sie sind genauso Menschen mit Emotionen, denen manches Flüchtlingsleid nahegeht. Man kann wahlweise aber auch die Grenzen oder die Augen schließen. Andererseits stellt Navid Kermani, um Objektivität bemüht, die größeren Zusammenhänge her: Vorschläge zu Einwanderung und politischem Asyl liegen an sich vor. Aber eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ist mit den Wahlerfolgen nationalistischer Parteien erst recht in die Ferne gerückt.

Der Band räumt bei vielen LeserInnen womöglich mit letzten Vorurteilen auf. Man sollte ihn PolitikerInnen unter den Kopfpolster legen.

Heike Hausensteiner

Die vorgestellten Bücher sind **portofrei** über den **Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**, 1010 Wien, Rathausstraße 21, zu beziehen. Mehr dazu auf **www.oegbverlag.at**

IHR VORTEIL

für alle Mitglieder
der GPA-djp



- 40 %

Schmuck & Juwelen

40 % Rabatt auf das gesamte Schmuck- und Juwelensortiment

- 25 %

Markenuhren

20 – 25 % Rabatt auf das Uhrensortiment



FEICHTINGER
SCHMUCKMANUFAKTUR

Qualität und Service

aus Österreichs größter Schmuckmanufaktur

WWW.FEICHTINGER.BIZ



FEICHTINGER
SCHMUCKHANDEL

GEWINNSPIEL

Zu gewinnen gibt es ein Collier 925-Silber, sowie eine Herren Citizen Armbanduhr. Die Damen nehmen an der Verlosung des Colliers teil und die Herren an der Verlosung der Citizen Armbanduhr.

Senden Sie eine Postkarte an:

Redaktion KOMPETENZ, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1034 Wien oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Teilnahmeschluss ist am 10.04.2016. Keine Barablöse. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Business-Card
anfordern und

€25,- Neukundenbonus erhalten!

1. Online anfordern unter www.feichtinger.biz
2. In einer Feichtinger Schmuckhandel oder Waiglein Juwelier Filiale beantragen